Presseinformation

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 263.20 / 27.08.2020

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 44+49 – Perspektiven für Karstadt Kaufhof entwickeln; Trendwende für die Innenstädte und Ortszentren in Schleswig-Holstein einleiten

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Joschka Knuth:

In attraktiven und schönen Innenstädten fährt heute niemand mehr mit dem Auto direkt vor das Geschäft

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

die Ankündigung von Galeria Karstadt Kaufhof, vier der fünf Filialen in Schleswig-Holstein zu schließen, war im Juni unbenommen ein harter Schlag für alle Betroffenen. Mitten im vorsichtigen Aufbruch aus den gerade für den Handel und die Innenstädte schwerwiegenden, Corona-bedingten Einschränkungen kam die Nachricht des finalen Aus.

Und gerade in diesen Zeiten und für die Beschäftigten bei Galeria Karstadt Kaufhof ist das Aus besonders hart:

- Viele von ihnen haben lange beim Unternehmen gearbeitet, oftmals fast ihr ganzes Berufsleben.
- Bedingt durch die Corona-Pandemie ist die Situation am Arbeitsmarkt, vorsichtig gesprochen, schwierig – insbesondere im Einzelhandel.
- Und auch in den Familien und im gesellschaftlichen Leben stellen sich in Folge der Corona-Pandemie viele Herausforderungen ein.

All das wird jetzt noch verstärkt durch den drohenden Arbeitsplatzverlust.

Deshalb war es so wichtig, dass das Wirtschaftsministerium direkt nach der Schließungsankündigung den Dialog mit allen Beteiligten gesucht hat. Dass insbesondere auch die Geschäftsführung, die Gewerkschaften und die Arbeitsagentur an den Tisch geholt werden, um bestmögliche Lösungen und Übergänge zu gestalten. Und genau dafür hat die Landesregierung sich initiativ eingesetzt.

Natürlich ist es bedauerlich und zu kritisieren, dass die Geschäftsführung von ihrer Planung nicht abweichen möchte. Aber der Landesregierung vorzuwerfen, sich nicht gekümmert zu haben, das ist wirklich grundfalsch, werte SPD.

Wir als Koalition senden auch hier und heute das klare Signal: Wir wollen gemeinsam mit den Betroffenen weiter an Lösungen arbeiten und einen Übergang für diese schwierige Zeit finden und gestalten. Wir haben selbstverständlich immer ein offenes Ohr für alle Betroffenen.

Für die Städte gilt derweil: Auch für sie stehen Förderprogramme zur Verfügung und werden oftmals ja sogar bereits genutzt. Vor allem aber gilt: In keiner Stadt darf man wirklich überrascht über den Rückzug von Galeria Karstadt Kaufhof sein.

Das Geschäftsmodell war und ist überholt. Es ist nicht wettbewerbs- und auch nicht zukunftsfähig. Das Unternehmen hat keine Antworten auf ein sich veränderndes Konsumverhalten gefunden. Es hat sich weder spezialisiert, noch kann es mit einer besonderen Preisstruktur aufwarten. Wir sehen weder eine besondere Qualität der Produkte, noch eine Antwort auf den zunehmenden Online-Handel. Dieses Geschäftsmodell hat – Stand heute – die Zukunft und die Gegenwart verpasst.

Gerade deshalb darf es nicht wie im Antrag der SPD heißen: „Perspektiven für Galeria Karstadt Kaufhof“. Wir brauchen Perspektiven für die Beschäftigten. Und wir brauchen Perspektiven für die Standortgemeinden. Aber nicht für dieses Unternehmen – kein öffentliches Geld für verstaubte und unwirtschaftliche Geschäftsmodelle.

Und für das Aufzeigen von Perspektiven für die Standortgemeinden stehen die Förderprogramme von Land und Bund bereit. Tatsächlich auch schon seit Jahren – und werden von den Standortgemeinden interessanterweise ja sogar genutzt. Was zu begrüßen ist. Denn: Seit mindestens 15 Jahren ist doch absehbar, dass dieser Moment des Rückzugs früher oder später kommen würde.

Wir begrüßen es aber natürlich, wenn wir auch politisch eine Debatte über die Zukunft der Städtebauförderung führen. Diese Debatte aber nur anlässlich des Galeria Karstadt Kaufhof-Cases oder nur für die betroffenen Städte zu führen – das ist falsch und zu kurz gesprungen.

Die Herausforderungen der Städte sind vielfältig. Und vor allem stellen sich Herausforderungen in viel mehr Städten, als nur den vom aktuellen Rückzug betroffenen. Ein sich wandelndes Mobilitäts- und Konsumverhalten. Der Wunsch, Kultur neu zu erleben. Der Bedarf nach vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten. Die Notwendigkeit von Klimaschutz und Klimaanpassung in den Städten. Über diese Herausforderungen müssen wir sprechen. Um sie aktiv anzugehen, brauchen wir Konzepte und Programme. Denn bei aller Veränderung braucht es für lebendige Orte weiterhin attraktive Innenstädte.

Doch die Anlässe in die Innenstadt zu gehen sind heute andere als vor 20-30 Jahren. Karstadt ist kein Anlass mehr für die Menschen, in die Stadt zu gehen. Sie wollen in der Stadt, in öffentlichen Räumen mit hoher Aufenthaltsqualität flanieren können. Menschen wollen in den Städten Kaffee trinken und gutes Essen konsumieren. Sie wollen das kombinieren mit dem Erleben von Kultur – egal ob aktiv oder passiv – und der Möglichkeit, zu arbeiten. Das heißt es braucht öffentliche Kunst und es braucht neue Arbeitsräume, bestenfalls Coworking-Spaces auch in der Innenstadt. Kombiniert mit Café, Kita und kleinen, diversen Ladengeschäften.

Es sind gerade die Klein- und Mittelstädte, die vormachen, wie so etwas aussehen kann, wenn wir zum Beispiel hier im Land nach Eckernförde oder Husum schauen. Und diese Städte zeigen auch, dass sich das Mobilitätsverhalten ändert, und dass die Verkehrsflächengestaltung sich ändern muss, wenn wir wollen, dass wir attraktive Innenstädte haben.

In wirklich attraktiven und schönen Innenstädten fährt heute niemand mehr mit dem Auto direkt vor das Geschäft. Schon seit den 70er Jahre hat Jan Gehl mit seiner wegweisenden Arbeit uns allen vor Augen geführt, dass es gerade autofreie Zonen und Bereiche braucht, um Aufenthaltsqualität und Konsumverhalten der Menschen positiv zu beeinflussen.

Wenn hier jemand das Gegenteil behauptet, dann hat er wirklich keine Ahnung von Stadtentwicklung. Natürlich braucht es Möglichkeiten, Städte auch mit dem Auto zu erreichen. Aber die letzte Meile in der Stadt darf damit nicht mehr zurückgelegt werden. Das würde dem Wirtschaftsstandort Innenstadt nur schaden.

Gleichzeitig müssen die Städte bei allen Umbau- und Restrukturierungs-Maßnahmen auch bedenken, die private und öffentliche Infrastruktur fit zu machen für die Herausforderungen des Klimawandels – gerade in Schleswig-Holstein. Es braucht städtisches Grün, um auch in heißen Sommern ein erträgliches Stadtklima zu haben. Es braucht städtisches Grün, um dem Rückgang der Artenvielfalt zu begegnen.

Die Hochwasserschutz genauso wie die Wasserver- und Entsorgungsinfrastruktur muss fit gemacht werden für zunehmende Extremwetterereignisse und ausbleibenden Niederschlag zugleich.

All diesen Herausforderungen sehen sich die Städte in Schleswig-Holstein gegenüber. Und ich weiß, dass an vielen Orten gute Konzepte für lebendige und attraktive Ortskerne entstehen.

Gleichzeitig wandeln sich die Herausforderungen laufend. Deshalb freue ich mich, wenn über die Städtebauförderung und ihre Zukunft auch im Ausschuss noch weiter beraten wird.

***